

**Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der
Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Zusammenhang mit der
Bearbeitung von Beschwerden, Eingaben und Dienstaufsichtsbeschwerden
in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040 42828-0
Fax: 040 4273-13245
E-Mail: poststelle@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Dr. Manuela Gürtler-Bayer, ist erreichbar unter:

Telefon: 040/42843-3486
E-Mail: JBDatenschutz@justiz.hamburg.de

Ihre personenbezogenen Daten (Vor- und Zuname, Postanschrift sowie ggf. Angaben im Zusammenhang mit Ihrer Beschwerde oder Eingabe) werden für Zwecke der Bearbeitung Ihres Anliegens in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet.

Nach Abschluss des Vorgangs werden Ihre Daten gemäß der bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist sowie nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) und g) sowie Art. 10 Satz 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und § 4 HmbDSG.

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich - im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Verfahrens im Rahmen des Erforderlichen (Dienststellen, Beschäftigte)
- andere Behörden, sofern sich aus dem Sachverhalt eine behördenübergreifende Bearbeitung / Stellungnahme ergibt.
- die Senatskanzlei, sofern die Beschwerde von dem Eingabenausschuß behandelt wird.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Unter den Voraussetzungen des Artikels 15 DSGVO können Sie vom Verantwortlichen Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem

Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO)

Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ob Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen können, hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von der zuständigen Vergabestelle zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben oder rechtlicher Verpflichtungen noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgegeben werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen. Dies ist die bzw. der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Einzelheiten ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 DSGVO.

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg, Tel.: 040/42854-40 40, E-Fax: 040/4279-11811, E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de).